

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/61

Bonn, den 29. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Bundeshaushalt 1968 66

Volumen von 80,6 Milliarden DM gehalten.
Schwieriger Akt der Ausbalancierung
Von Max Seidel, MdB

2 a Notwendige Feststellungen 40

Nach dem Rücktritt des Bundesinnenministers

3 - 4 Unrealistische Agrarbeschlüsse im Europäischen Parlament 96

An der Margarinesteuer scheiden sich die Geister

5 - 6 Perspektiven... 88

Nachlese zur deutsch-französischen Konferenz in Bad Godesberg

Von Georg Kahn Aekermann, MdB

* * *

*

Bundeshaushalt 1968

Volumen von 80,6 Milliarden DM gehalten
Schwieriger Akt der Ausbalancierung

Von Max Seidel, MdB

Seit vielen Jahren wird erstmalig der Bundeshaushalt in seinem Rechnungsjahr bereits Anfang April vom Bundestag verabschiedet werden. In den vergangenen Jahren ist das vielfach erst im Juni, kurz vor der Sommerpause des Parlaments geschehen. Der Zeitgewinn von einigen Monaten in diesem Jahr ist im Interesse der ordentlichen und zügigen Ausführung des Bundeshaushaltes durch die Ministerien sehr zu begrüßen. Hoffentlich gelingt es, nach diesem erfreulichen Anlauf bald das gesteckte Ziel zu erreichen, jeden neuen Bundesetat jeweils am Ende des alten Rechnungsjahres zu verabschieden. In unserem Falle würde das bedeuten, den Haushalt 1969 so rechtzeitig dem Parlament vorzulegen, daß die abschließende Lesung noch im Dezember dieses Jahres erfolgen könnte.

Noch ist das eine Hoffnung. Zuvor geht es in der ersten Aprilwoche dieses Jahres um die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 1968.

Als im Herbst vorigen Jahres die Bundesregierung den Haushalt für 1968 vorlegte, war für jeden Abgeordneten klar, niemand könnte die Garantie übernehmen, das Zahlenbild des Etats von insgesamt 80,6 Milliarden in seinen Einnahmeschätzungen und Ausgabenansätzen für "standhaft" zu halten. Die eingetretenen "Bewegungen" während der Beratungszeit des Haushaltsausschusses haben diese Skepsis gerechtfertigt.

Unvorhergesehen war die Minderung der Steuerschätzung in Höhe von einer Milliarde DM. Die Rezessionsauswirkungen in der Wirtschaft im Jahre 1967 waren doch kräftiger ausgefallen, als in der ersten Steuerschätzung angenommen wurde.

Als Folgewirkung der Strukturkrise im Kohlebergbau kam die zwangsläufige Mehrausgabe von 400 Millionen für die knappschaftliche Rentenversicherung auf den Bundeshaushalt zu. Außerdem machte die Nachrechnung in der Kriegsopferversorgung die Mehrausgabe von 100 Millionen DM erforderlich.

Weitere zusätzliche Mehrbelastung des Haushaltes in Höhe von 200

Millionen DM entstand durch die erhöhten Ergänzungszuweisungen und zusätzlichen Finanzhilfen an finanzschwache Länder. Dazu mehrere Einzelmaßnahmen, die ebenfalls zwangsläufig waren und zusammen nochmals 200 Millionen DM beanspruchten.

Diese erhebliche Fehlbilanz machte die Ausbalancierung des Etats außerordentlich schwierig.

Der Haushaltsausschuß hatte trotz des geringen Spielraums gegenüber den gesetzlich festgelegten Ausgabenansätzen Einsparungen von 83 Millionen erreicht. Der übrige "ungedeckte Mehrbedarf" wurde durch Erhöhung der Verwaltungseinnahmen (44 Millionen), Mehreinnahmen aus der Abschöpfung (125 Millionen), Darlehenszinsen (20 Millionen), einer globalen Minderausgabe! (131 Millionen), im ordentlichen Haushalt und eine Erhöhung des Kreditbedarfs um 81 Millionen auf insgesamt 8.216 Millionen im außerordentlichen Haushalt gedeckt.

Mit dieser Bilanzierung wurde der vorgesehene Umfang des Bundeshaushaltes 1968 in der Höhe von 80,6 Milliarden DM unverändert aufrecht erhalten.

Niemand wird den jetzt erreichten Kreditbedarf verniedlichen wollen. Nur ob diese Höhe dazu angetan ist, die zukünftigen Etats schon jetzt in düsteren Farben zu zeichnen, scheint sehr voreilig. Der hohe Kreditbedarf dient in erster Linie den Investitionen, die der Konjunkturbelebung und dem Wachstum nach Maß unserer Wirtschaft zugute kommt. Vorläufig kann niemand behaupten, wir wären bereits über eine Wachstumsrate hinausgeeilt, die uns nicht zuträglich wäre. Die furchtsamen Kreditbetrachter sollten eines beherzigen, die Theorie einer "Wachstumspause" wird nicht mal von Jahresgutachten der Sachverständigen vertreten und Arbeitslosigkeit ist weder ein Instrument sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik noch der Bundesregierung! Der Bundeshaushalt hat nun mal seinen Anteil zur Wirtschaftsanregung mit zu leisten.

Dieser Haushalt steht im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, der beinhaltet, die Gewährleistung jetzt geltender sozialer Grundleistungen, die vorgesehene Höhe der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung und die Beibehaltung der dynamischen Renten. Außerdem den Vorrang verstärkter Förderung von Wissenschaft und Forschung, Verkehr und anderer Sozialinvestitionen. Mehr vorzunehmen wäre vorerst verfrüht und könnte falsche Hoffnungen wecken. Bundeshaushaltsvorhersage: Am Anfang bewölkt, später leichte Besserung wahrscheinlich.

Notwendige Feststellungen

Nach dem Rücktritt des Bundesinnenministers

sp - Bei allem Respekt vor der Entscheidung, die der bisherige Bundesinnenminister Paul Lücke nun doch getroffen hat, muß in diesem Zusammenhang von uns noch einmal folgendes festgestellt werden:

- * 1. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat seit Bildung der Regierung der Großen Koalition immer erklärt, daß sie das Problem der Wahlrechtsreform gründlich prüfen und **n a c h** ihre Meinung äußern werde.
- * 2. Über den Verlauf dieser Prüfung war der Bundesinnenminister stets unterrichtet. Er war auch darüber unterrichtet, wie ernst die Sozialdemokratische Partei eine Wahlrechtsreform nimmt und wie sehr sie es stets bedauert hat, daß von seiten der CDU/CSU und auch von seiten des Bundesinnenministers unser Volk nicht genügend über die politische Bedeutung einer Wahlrechtsreform aufgeklärt wurde.
- * 3. Im Gegensatz dazu hat der Vorsitzende der CDU-Wahlrechtskommission, Dufhues, schon nach dem 12. Januar 1968 - ungeachtet der Koalitionsvereinbarungen - zur Wahlrechtsreform Äußerungen getan, die darauf schließen lassen müßten, daß auf dieser Seite bereits eine festgefugte Meinung vorhanden sei.

Die Sozialdemokratische Partei hat schon einige Wochen **v o r** dem Parteitag in Nürnberg einen Zwischenbericht ihrer Wahlrechtskommission gehört und danach festgestellt, daß noch längst nicht alle Aspekte dieses Problems so geklärt sind, daß sie als entscheidungsreif betrachtet werden konnten. In logischer Konsequenz dieser Feststellung hat dann der Parteitag der SPD jenen Beschluß gefaßt, der angeblich den Bundesinnenminister dazu veranlaßt haben soll, zunächst seinen Rücktritt in Erwägung zu ziehen und schließlich nach einigen Hin und Her auch zu erklären.

Dem muß noch hinzugefügt werden, daß der Bundesinnenminister - leider - das Jahr 1967 verstreichen ließ, ohne selbst auf der Grundlage ihm zur Verfügung stehender Unterlagen einen Wahlrechtsentwurf vorzulegen, der wenigstens an die Grenze der Entscheidungsreife geführt hätte. Dies und anderes ist dem Bundesinnenminister mehrfach von sozialdemokratischer Seite in aller Loyalität gesagt worden.

Was uns in der gegenwärtigen Situation zu sagen bleibt, ist, daß wir die Entscheidung des Bundesinnenministers zu respektieren haben, daß wir jedoch mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam machen müssen, wie abwegig es ist, die Gründe für seinen Rücktritt bei der SPD suchen zu wollen. Die CDU muß sich selbst darüber Gedanken machen, wie sie in ihren eigenen Reihen zu einer Klärung gelangt und unter welchen Voraussetzungen das notwendige sachliche Gespräch über eine mögliche Wahlrechtsreform wieder aufgenommen werden kann.

Unrealistische Agrarbeschlüsse im Europäischen Parlament

An der Margarinesteuer scheiden sich die Geister

E.H. - Bundeslandwirtschaftsminister Höcherl hat zur Zeit keinen leichten Stand. Einerseits steht er unter dem massiven, durch die Bauernunruhen geschürten Druck der Grünen Front innerhalb und außerhalb seiner eigenen Partei. Andererseits ist er in Brüssel mit oft gegensätzlichen Forderungen und Vorstellungen der fünf anderen EWG-Landwirtschaftsminister konfrontiert. In einer Situation, in der er als "Bauern-Killer" der bestgehaßte Politiker beim sogenannten Landvolk ist, muß dem Minister die Haltung besonders verdrießen, die jüngst die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament eingenommen haben.

Zur Beratung der neuesten Brüsseler Kommissionsvorschläge betreffend "Die Herstellung des strukturellen Gleichgewichts auf dem Milchmarkt" waren die Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 21. und 22. März zu einer Agrar-Sondersitzung im Europa-Center in Luxemburg zusammengekommen. Daß die "grüne" Mehrheit des Europäischen Parlaments wie bei früheren Anlässen die progressiven agrarpolitischen Vorschläge der Brüsseler Kommission ablehnen würde, war eigentlich zu erwarten gewesen. Trotz der lawinenartig anschwellenden Butterberge in der EWG - zur Zeit liegen in der Gemeinschaft rund 150.000 Tonnen Butter auf Lager - soll nach dem Votum des Europäischen Parlaments alles beim alten bleiben. Die vom Agrarkommissar Mansholt vorgeschlagene Senkung des Erzeugerpreises für Milch von 39 auf 38 Pfennig hätte zu einer Verminderung der Milch- und Butterproduktion und zu einer Entlastung der Haushalte um 500 Millionen DM geführt. Nur die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments stimmte den Vorschlägen der EWG-Kommission zu. Bei Christdemokraten, Liberalen und Gaullisten siegte wieder einmal die brutale Vertretung einseitiger Interessenstandpunkte.

Davon abgesehen offenbarte die jüngste Luxemburger Agrartagung ein schizophrenes Verhalten bei zahlreichen Abgeordneten konservativer Schattierung. Nachdem sie in den einzelnen Ausschüssen des Europäischen Parlaments den Milch-Vorschlägen der Kommission zugestimmt hatten, lehnten sie die gleiche Vorlage im Plenum ab. Sicher kommt es auch in den nationalen Parlamenten vor, daß Abgeordnete ihre Meinung zu bestimmten Fragen ändern. In Luxemburg gab aber offenbar der Druck der Grünen Front auf die liberaler eingestellten Mandatsträger den Ausschlag. Durch derlei unrealistisches Gebaren untergräbt das Europäische Parlament seine ohnehin schwache institutionelle Stellung.

Man darf sich dann nicht wundern, wenn Regierungen und Parlamente nicht bereit sind, dem Europäischen Parlament größere Befugnisse zuzugestehen. Schließlich verwirkt das Parlament unter solchen Umständen auch das Recht, die Regierungen zu kritisieren, weil sie im Ministerrat nur noch eine Einrichtung zur brutalen Durchsetzung ihrer eigenen nationalen Interessenpolitik sehen. Sollte dieser interessengebundene Geist auch im Europäischen Parlament weiter um sich greifen, so würde damit die Axt an eine weitere Gemeinschaftsinstitution gelegt.

Die Luxemburger Sitzung offenbarte darüber hinaus aber auch wieder einmal das zwiespältige Verhalten im nationalen und europäischen Rahmen. Es geht dabei um die bereits seit 1965 umstrittene "Umlage auf Fettstoffe", die sogenannte EWG-Margarinesteuer.

Bundeslandwirtschaftsminister Höcherl hat die Einführung dieser Gemeinschaftssteuer, die in höchst unsozialer Weise die breite Verbraucherschaft belasten würde, in zahlreichen Erklärungen während der letzten Monate strikt abgelehnt. Sein Staatssekretär Neef gab erst am 27. März vor dem Deutschen Bundestag wieder eine entsprechende Erklärung ab. Das Bundesfinanzministerium erklärte in Beantwortung einer Anfrage des SPD-Abgeordneten Wienand, daß die Bundesregierung die Durchführung der Ratsentschließung von 1963, in der die Fettumlage gebilligt worden war, zur Finanzierung der Fettmarktpolitik nicht mehr für erforderlich halte.

Vor dem Europäischen Parlament in Luxemburg befürwortete der CSU-Abgeordnete Dr. Lückner namens aller CDU/CSU-Abgeordneten aber ausdrücklich die Einführung der Margarinesteuer. Er steht damit in offenem Gegensatz zu seinen Parteifreunden und Ministern Höcherl und Strauß. Daß die Mehrheit des Europäischen Parlaments eine Erhöhung des von der Kommission vorgeschlagenen Umlagesatzes auf 40 Pfennig je Kilogramm Margarine forderte, sei nur am Rande vermerkt. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments blieb auch in dieser Frage bei ihrer schon früher eingenommenen Haltung und lehnte die Margarinesteuer entschieden ab. Denn durch die Verteuerung der Margarine können die Butterüberschüsse auch nicht beseitigt werden, im Gegenteil.

Die Einführung der Margarinesteuer zeigt im übrigen deutlich, in welche Sackgasse die EWG-Agrarpolitik allmählich geraten ist. Es hat den Anschein, als ob die Agrarpolitik aus einer Eskalation ständig höherer Preise bestehe. Leider wird dadurch die Europa-Idee bei der breiten Masse der Bevölkerung in Mißkredit gebracht. Die unbefriedigende Agrarpolitik ist indessen nicht der EWG als Institution anzulasten; sie ist vielmehr ein Resultat der Entscheidungen der sechs Regierungen im Ministerrat.

Die Margarinesteuer wäre übrigens eine eigene Einnahme der Gemeinschaft. Sie würde also in den Agrarfonds fließen und von der Kommission verwaltet werden. Direkte Einnahmen müssen aber einstimmig im Rat beschlossen werden und bedürfen außerdem der Ratifikation durch die sechs internationalen Parlamente. Hier würde sich für das Europäische Parlament daher die Chance bieten, endlich die Haushaltsrechte, wenn auch nur über einen zunächst geringen Betrag, zu erhalten.

Die Kommission beabsichtigt, in ihrem Vorschlag über die in die Gemeinschaftskasse fließende Fettumlage das Haushalts- und Kontrollrecht des Europäischen Parlaments zu verankern. Einige nationale Parlamente werden die Ratifikation sicher verweigern, wenn dem Europäischen Parlament nicht das Kontrollrecht eingeräumt wird. Andererseits ist es wenig wahrscheinlich, daß Frankreich diesmal Maßnahmen billigt, die es 1965 zum Anlaß für die EWG-Krise genommen hatte.

Perspektiven...

Nachlese zur deutsch-französischen Konferenz in Bad Godesberg

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Eine gewisse Unlust, bestehende Gegensätze noch deutlicher zu markieren, mag eine Reihe von Abgeordneten in Bonn und Paris davon abgehalten haben, sich an der diesjährigen deutsch-französischen Konferenz zu beteiligen. Auf deutscher Seite wäre vorstellbar gewesen, daß besonders die CSU daran hätte interessiert sein müssen, dem auf französischer Seite dominierenden Aufgebot gaullistischer Politiker unter Beweis zu stellen, daß die Politik des französischen Staatschefs auch in der Bundesrepublik freundlichen Widerhall findet. Unter den fünf deutschen Abgeordneten, die im wesentlichen das Bonner Parlament auf dieser Tagung vertraten, war jedoch kein Mitglied der CSU...

So konnten die französischen Teilnehmer ziemlich uneingeschränkt den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß zwischen dem verständlichen vorsichtigen Fektieren der deutschen Regierung gegenüber der Pariser Europapolitik und den Wünschen und Überzeugungen der Mehrheit deutscher Parlamentarier in SPD und CDU hinsichtlich dieser Europapolitik ein bemerkenswerter Abstand vorhanden ist. Aber vielleicht wollten die Vertreter der CSU auch vermeiden, neuerlich aus französischem Munde bestätigt zu erhalten, daß a l l e französischen Parteien eine deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag für unerläßlich halten und daß sich sowohl Regierung wie Opposition in Frankreich sogar eine deutsche Mitverfügung über einen - wie man hören konnte, recht unwahrscheinlichen selbständigen europäischen nuklearen Verteidigungsarm - n i c h t vorstellen können. - Von dem mit französischer Logik vorgetragenen Unverständnis gegenüber den deutschen Vorbehalten der Anerkennung der durch den verlorenen Krieg 1945 entstandenen deutschen Ostgrenzen ganz zu schweigen.

Zum erstenmal wurde auf dieser Konferenz mehr als nur unterschwellig deutlich, daß der französische Anspruch, zwar nicht Hegemonial- wohl aber Führungsmacht auf dem europäischen Kontinent zu sein, inzwischen auch in die außenpolitische Philosophie nicht nur der Mitte sondern auch der Linken in Frankreich Eingang gefunden hat. Dies war vielleicht auch die präziseste Beschreibung des französischen Standpunktes in der künftigen Gestaltung Europas. Weder die recht eigenwillige Interpretation eines "unverzichtbaren" Gehalts der römischen Verträge, der sich kaum mit der deutschen Auffassung vom Vertragsgehalt deckt, noch die These, daß es in Europa eben bedauerlicherweise Teile gebe, die "europafähig" seien und solche, deren Bremswirkung sie nicht gemeinschaftsfähig mache, waren geeignet, Hoffnungen auf deutsch-französische Positionen zu wecken, über die man sich verständigen kann.

Die französischen Teilnehmer der Konferenz von der Rechten bis zur Linken konnten auch wenig mit der deutschen These anfangen, daß die deutsche Ostpolitik wirkungsvoller mit einem großen föderierten Europa im Rücken sein würde und daß man dabei neben dem französischen auch des amerikanischen Rückhalts bedürfe.

Das europäisch-amerikanische Verhältnis und in ihm das deutsch-amerikanische Verhältnis scheint also zusehends zu jenen Elementen deutsch-französischer Beziehungen zu gehören, über die einvernehmliche Betrachtungen anzustellen immer schwieriger wird.

Die in verschiedenen Abstufungen variierte französische These, Europa sei aus dem Osten nicht mehr militärisch bedroht und somit das deutsche Sicherheitsbedürfnis ein Anachronismus, der am besten so rasch wie möglich abgebaut werden sollte, macht - nach französischer Auffassung - die physische Präsenz der amerikanischen Schutzmacht entbehrlich. Im übrigen sei die Spekulation auf die Möglichkeit der Begegnung konventioneller Angriffe durch konventionelle Abwehr müßig, denn Westeuropa könne ohnehin nur nuklear verteidigt werden, wenn es aus dem Osten angegriffen werde.

All das ist nicht neu. Was die Deutschen nur betreffen machen sollte, ist die Tatsache, daß offenbar auch dieses Stück europäische Verteidigungsphilosophie inzwischen nahezu unisono von Franzosen aller politischen Schattierungen vertreten wird. Wenn jemals ganz eindeutig für deutsche Politiker Zweifel aufkommen mußten, daß man in der nachgaullistischen Ära Frankreichs auch nur halbwegs da wird anknüpfen können, wo die äußersten Kompromißmöglichkeiten liegen, welche die Wahrnehmung der deutschen Interessen zuläßt, so ganz sicher auf dieser IX. deutsch-französischen Konferenz. Auf den wiederholt vorgetragenen deutschen Hinweis der Notwendigkeit, die Befugnisse und Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments zu erweitern und die Abgeordneten direkt zu wählen, weil sonst ein Ausbau der EWG in Richtung auf gemeinschaftliche politische Haltungen über die Erfordernisse der Zollunion und einzelner gemeinsamer Warenmärkte hinaus kaum denkbar und für die Partner Frankreichs praktikabel sei, antwortete nur eine französische Stimme, eine gaullistische. Das wäre das Ende der EWG, so hieß es da, denn ein solches Parlament wäre "zwangsläufig ein Abklatsch parlamentarischer Ohnmacht und Verwirrung der vierten Republik".

Bundesregierung und Parlament in Bonn werden nachdrücklich alle guten Gelegenheiten am Schopf packen müssen, um Paris klar zu machen, welche deutschen Interessen in Europa keinesfalls dem Schaubild ungetrübten deutsch-französischer Einvernehmens geopfert werden können. - Insofern hat die deutsche Politik sich immer noch mit einem Erbe auseinanderzusetzen, das Konrad Adenauer ihr - gewollt oder ungewollt - hinterlassen hat, was nicht ausschließt, daß die Freundschaft des deutschen mit dem französischen Volk selbstverständlich auch weiterhin gepflegt werden muß. Diese Freundschaft ist und bleibt ein Kernstück guter europäischer Politik.